



**Liebe Wandsbekerinnen,
liebe Wandsbeker,**

wußten Sie, dass Entscheidungen der Bezirksversammlung Sie und Ihr tägliches Leben in vielen Bereichen ganz konkret betreffen?

Dort wird beschlossen, wo und wie gebaut wird, welche Straßen saniert oder neu gebaut werden, welche Einrichtungen der Stadtteilkultur wie viel Zuschüsse bekommen, welche Sportanlagen saniert werden, wie mit unseren Grünflächen umgegangen wird und wie die Mittel für Jugendzentren, Bauspielplätze und Familienhilfeeinrichtungen verteilt werden.

Am 25. Mai ist Bezirkswahl: Machen Sie von Ihrem Stimmrecht Gebrauch und gehen Sie zur Wahl.

Ihre Anja Quast
(Fraktionsvorsitzende)

Das denkmalgeschützte Torhaus Eichtalpark und das dazu gehörende Gartengrundstück an der B 75 befinden sich in einem beklagenswerten Zustand. Dach- und Dachrinnenanlage sind undicht, mit deutlicher Einwirkung auf das Mauerwerk. Die Originaltüren und -Fenster sind möglicherweise verloren. Die Fassade ist durch Graffiti beschmiert und der Garten verwildert.

Das Torhaus wurde zwischenzeitlich von Unbekannten als Wohnraum genutzt. Alle drei Räume sind vermüllt und verdreckt. Es gibt Hinweise auf offenes Feuer, Elektrokabel liegen frei. Sämtliche noch vorhandenen Toiletten sind stark verunreinigt. Ins Ge-

BEZIRKSVERSAMMLUNG AM 10. APRIL

Auf der Sitzung der Bezirksversammlung am 10. April stehen die folgenden Anträge auf der Tagesordnung:

Die rot-grüne Koalition hat den Antrag **Einhaltung der Baugenehmigungen stichprobenartig prüfen** zur Debatte angemeldet. Mit der Überprüfung soll eine bessere Berücksichtigung des Naturschutzes erreicht werden. Außerdem sollen Stadtgrün- und Naturschutzabteilung die Einhaltung der baum- und naturschutzrechtlichen Vorschriften prüfen und für deren Durchsetzungen sorgen.

Der Antrag **Hamburger Geschichtswerkstätten brauchen Unterstützung** wurde ebenfalls von der rot-grünen Koalition eingereicht. Hier wird die

zuständige Fachbehörde aufgefordert, sich beim Senat für eine Stärkung der Geschichtswerkstätten einzusetzen, sodass die beiden Geschichtswerkstätten in Hamburg-Wandsbek eine auskömmliche Förderung erhalten. Die Fachbehörde soll dem Kulturausschuss der Bezirksversammlung Wandsbek über das Ergebnis berichten

Der Antrag der SPD-Fraktion **Anlieger früher beteiligen** hat zum Ziel, bei zukünftigen Grundinstandsetzungen von Straßen Pflege- und Senioreneinrichtungen, Krankenhäuser, Schulen und Kindertagesstätten früher zu beteiligen, um ihre Ideen und Anregungen in die Planungen einfließen lassen zu können.


DENKMAL TORHAUS EICHTALPARK

wicht fallen die Durchfeuchtungs- und Putzschäden.

In einem ersten Schritt muss das Torhaus dringend substantiell durch Notmaßnahmen gesichert werden, um den drohenden Verfall zügig zu stoppen. Zu diesen Notmaßnahmen gehören die zuverlässige Sicherung der Eingänge, die provisorische Ableitung der Dachentwässerung und die Reinigung, Entrümpelung, Belüftung und Desinfektion der Innenräume.

Dazu soll die Bezirksversammlung nach dem Wunsch aller Fraktionen beschließen, dass der Bezirksamtsleiter gebeten wird, das Torhaus am Eichtalpark durch Notmaßnahmen

substantiell sichern zu lassen (Entmüllung, Verschluss, vorbeugende Maßnahmen gegen Wasserschäden) und dass für Material oder externe Vergaben aus dem Förderfonds Bezirke (Betriebsmittel) bis zu 10.000€ bereitgestellt werden.

Außerdem möge sich der Bezirksamtsleiter auf der Hamburger Landesebene dafür einzusetzen, dass die notwendigen Mittel für die Planung und Durchführung einer grundlegenden Sanierung und den Umbau für eine nachhaltige und in erster Linie nicht kommerzielle Nutzung bereitgestellt werden. 

LEMSAHL: HELDENTUM NACH LADENSCHLUSS

Angesichts der Anmeldung eines Bürgerbegehrens gegen den Bebauungsplan am Spechtort in Lemsahl-Mellingstedt, der von einem Abgeordneten der Wandsbeker CDU-Fraktion angemeldet wurde, reiben sich viele der mit dem Plan bisher befassten Politiker und Lemsahler Bürgerinnen und Bürger die Augen. So wurde hier für den Spechtort doch ein vorbildliches Planverfahren durchgeführt, in welchem die Lemsahler Bevölkerung in einer Form beteiligt wurde, die ihresgleichen sucht.

Die Fläche am Spechtort wurde seinerzeit eigens von der Bürgerinitiative gegen die Bebauung am Hinsenfeld vorgeschlagen, da sie sich aufgrund ihrer Lage und Verkehrsanbindung deutlich besser für eine Bebauung eignet, als das ökologisch und landschaftlich sehr viel wertvollere Hinsenfeld.

Die Bürgerinitiative war niemals grundsätzlich gegen eine Bebauung in Lemsahl, hielt nur die Fläche am Hinsenfeld für wenig geeignet und die Art der geplanten Bebauung für unpassend. Das ist bei diesem Plan, an dessen Erstellung wir von Anfang an beteiligt waren anders.

Gemeinsam mit der Bürgerinitiative, dem Lemsahler Heimatverein sowie anderen interessierten Bürgerinnen

und Bürgern wurde in mehreren Planungsworkshops die Erstellung des Bebauungs-Planes von Anfang an begleitet. Die Planungen für die Bebauung sind inzwischen weit fortgeschritten, viele Anregungen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger sind in die Planung eingeflossen.

Der Heimatbund Lemsahl-Mellingstedt kann mit den Planungen für den Spechtort so wie sie sind gut leben. Seine Mitglieder haben sich von Anfang an immer wieder in die Planungen eingebracht und sehen sie als Chance für unseren Stadtteil, in die richtige Richtung zu wachsen.

Erstaunlich ist bei dem jetzigen Bürgerbegehren gegen die Bebauung am Spechtort vor allem der Zeitpunkt der Anmeldung. So gab es in den vergangenen drei Jahren ja eigentlich genug Gelegenheiten, sich mit Kritik und Anregungen in die Planungen einzubringen. Bei der regierenden rot-grünen Koalition herrscht insbesondere wegen der gesamten Umstände, die zur Auswahl der Fläche am Spechtort geführt haben und der umfangreichen Beteiligungsmöglichkeiten während des Verfahrens Unverständnis über die Anmeldung des Bürgerbegehrens.

Das ist Heldentum nach Ladenschluss, da der Widerstand gegen das

Bebauungsplanverfahren am Spechtort zu diesem späten Zeitpunkt angemeldet wird, nachdem über mehrere Jahre gemeinsam mit den Lemsahlerinnen und Lemsahlern geplant wurde.

Während des Verfahrens hat man versäumt, sich einzubringen, und deshalb soll zufällig mitten im Wahlkampf das gesamte vorbildlich abgelaufene Verfahren gestoppt werden. Das wäre ein Rückschlag für den notwendigen Wohnungsbau und für die erfolgreiche Bürgerbeteiligung in unserem Bezirk.“

Unschön an der gesamten Angelegenheit erscheint außerdem die Tatsache, dass der Initiator des Bürgerbegehrens sich zunächst für eine Ausweitung der Möglichkeiten eingesetzt hatte auf seinem eigenen, in der Nähe des Spechtortes gelegenen Grundstück zu bauen. Erst nachdem sich die rot-grüne Regierungskoalition gegen diese Ausweitung ausgesprochen hatte, entschloss er sich für die Anmeldung des Bürgerbegehrens.

an

Anja Quast

Fraktionsvorsitzende

anja.quast@spdfraktion-wandsbek.de



560.000 EURO FÜR JUGENDZENTRUM HOHENHORST

Die Planungen für den Neubau der Jugendeinrichtung Get-To auf einem Teil des Geländes der Ganztageschule Potsdamer Straße in Rahlstedt-Hohenhorst gehen voran: Der Wandsbeker Jugendhilfeausschuss hat auf seiner Sitzung am 19. März aus Investitionsmitteln für die Kinder- und Jugendarbeit 310.000,- Euro bewilligt.

Durch eine Grundstücksübertragung eines Teils (375 m²) des Schulgeländes der Grundschule Potsdamer Straße wird der Neubau der Jugendeinrichtung

ermöglicht. Er wird neben den vom Jugendhilfeausschuss bewilligten Mittel aus Mitteln des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) in Höhe von 250.000,- Euro finanziert. Insgesamt sind Kosten von 569.000,- Euro veranschlagt. In dieser Summe sind auch die Kosten für den Abriss des alten, mit Asbest belasteten Gebäudes der Jugendeinrichtung enthalten.

Ein weiterer Pluspunkt des Neubaus ist, dass die Betriebskosten sich laut

der vorliegenden Kostenschätzung deutlich reduzieren werden.

Anfang März 2014 wurde das Architekturbüro STATTBAU Hamburg mit der Vorplanung und der Baubetreuung beauftragt, der Baubeginn soll im Herbst 2014 sein und mit einer Fertigstellung der neuen Jugendeinrichtung wird 2015 gerechnet. Gerade in Zeiten knapper Kassen ist das ein gutes Signal für den Stadtteil. an

Impressum:

SPD Fraktion in der Bezirksversammlung
Wandsbek, Schloßstraße 12, 22041 Hamburg
V.i.S.d.P. Ulrike Nickel